

Kommunisten mißbrauchen Gewerkschaften

Etikettenschwindel als Strategie

In diesen Wochen führt der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) an allen bundesdeutschen Hochschulen eine Kampagne zur Aufklärung über die vielfältigen Versuche des Mißbrauchs der Gewerkschaften durch die Kommunisten durch. Der RCDS-Bundesvorsitzende Günther Heckelmann und der Bundesvorsitzende der Sozialausschüsse Norbert Blüm stellen den Inhalt dieser Aktion der Presse vor. Günther Heckelmann und Lucas Heumann dokumentieren im folgenden den Hintergrund der verlogenen und gefährlichen Strategie deutscher Kommunisten in den Gewerkschaften:

An den Hochschulen der Bundesrepublik geistert seit 1971 das Schlagwort der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ (GO). Dieser Begriff dient den DKP-gesteuerten Studentengruppen „MSB-Spartakus“ und „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB) dazu, den eigenen, in Wahrheit totalitären Anspruch unter der Tarnkappe gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu verbergen. Eine Aufklärung über dieses taktische Manöver hat bislang in der Öffentlichkeit nicht stattgefunden. Die nachfolgenden Ausführungen sollen diese Lücken schließen.

I. Theorie der „GO“

Die Politik der „GO“ knüpft an drei zum Grundwissen moskauorientierter Marxisten gehörende Lehrsätze an: die Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ sowie das Bemühen um eine „antimonopolistische Bündnispolitik“.

— Durch die Stamokap-Theorie wird der demokratische und soziale Rechtsstaat der Bundesrepublik zum Instrument einer angeblich allmächtigen Klasse von Monopolisten degradiert.

— Durch die Theorie der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ wird Wissenschaft zur „unmittelbaren Produktivkraft“ erhoben und damit die prinzipielle Interessengleichheit von Arbeiterschaft als Träger der Produktivkraft Arbeit und

Intelligenz (u. a. Studentenschaft als Träger der Produktivkraft Wissenschaft) begründet.

— Die „antimonopolistische Bündnispolitik“ von MSB-Spartakus und SHB strebt ein Bündnis „aller vom Monopolkapital unterdrückten und ausgebeuteten sozialen Schichten — der Bauern, der Intelligenz, der Mittelschichten — um die Arbeiterklasse“ an. Daß dies kein Bündnis gleichberechtigter Partner sein soll, versteht sich für Spartakisten von selbst: Der Führungsanspruch der DKP bleibt selbstverständlich gewahrt. Sie ist „organisierte Vorhut“ der Arbeiterklasse, „höchste Form der Klassenorganisation“ und hat daher „ständig in der Arbeiterklasse ideologisch zu wirken“.

Zu Deutsch heißt das: Alle nichtkommunistischen Bündnispartner sollen im Sinne Lenins als „nützliche Idioten“ verwandt und nach erreichtem Ziel ausgeschaltet werden. Diese Grundelemente der „GO“ haben SPD-Politiker offensichtlich nicht erkannt, wenn sie völlig unkritisch Begriffe verwenden, die mit der „GO“-Politik untrennbar verbunden sind.

Dies ist etwa der Fall, wenn der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Ulrich Lohmar den mit der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ untrennbar verbundenen Begriff „Produktivkraft Wissenschaft“ völlig unkritisch verwendet, als gäbe es dazu keine eindeutig kommunistische Interpretation. Leider war dies kein Einzelfall; ähnliches haben u. a. auch die Bundesassistentenkonferenz und der GEW-Bundesvorsitzende Frister getan.

II. Strategie der „GO“

Die „GO“-Politik verfolgt bewußt das strategische Ziel, durch verbale Solidarität mit den Gewerkschaften nicht ausreichend informierte Studenten zu ködern und zur Wahl von MSB oder SHB zu bewegen.

„GO“-Politik kann daher nicht oft genug den Zusammenhang studentischer, „gewerkschaftlich orientierter“ Politik mit der Arbeit des DGB und seiner Einzelgewerkschaften betonen. Dies in praktische Aktionen umzusetzen, ist oberstes Ziel von „GO“-Politikern; einige Beispiele:

- die nicht selten ohne Wissen und Zustimmung des DGB erfolgte Werbung für angebliche gemeinsame Demonstrationen;
- das Anstreben von Kooperationsverträgen zwischen Hochschulen und Gewerkschaften als Zeichen des Bündnisses von „Intelligenz und Arbeiterklasse“;
- das Vorlesen von Gruß- und Solidaritätsadressen von Gewerkschaftlern auf studentischen Vollversammlungen;
- die Verwendung gewerkschaftlicher Begriffe (Streik, Urabstimmung, Streikkomitee, . . .) im studentischen Bereich.

Dieser gezielte Mißbrauch des guten Rufes der Gewerkschaften an den Hochschulen durch MSB und SHB ist jedoch nur möglich, solange der DGB schweigt

und keine Aufklärung über die Unvereinbarkeit von „GO“-Politik und gesellschaftspolitischen Grundsätzen des DGB leistet.

III. Ziele der „GO“

Der MSB vermeidet nach außen genauso wie seine Mutterpartei DKP alles, was zu einem Spalt zwischen Gewerkschaften und Kommunisten führen könnte. Hinter der nach außen zur Schau gestellten „Solidarität“ und „Orientierung“ auf die Gewerkschaften verbirgt sich jedoch eine ideologische Zielsetzung, die sich mit der Rolle freier Gewerkschaften in einer liberalen Demokratie kaum verträgt.

Der MSB äußert sich an keiner Stelle seines Programms explizit zu seinem Verständnis von Gewerkschaften — aus gutem Grunde.

Man muß daher aus Äußerungen seiner Spitzenfunktionäre, die immer wieder „die unerschütterliche Freundschaft mit der Sowjetunion“ (Strawe, 1971) beschwören und das politische System der Ostblockstaaten als Vorbild für die eigene Politik bejubeln, mittelbar auf die wahren Ziele des MSB schließen. Gewerkschaften in den Staaten des „entwickelten Sozialismus“ haben mit den freien Gewerkschaften unseres demokratischen Verständnisses nur noch den Namen gemeinsam.

„Aus ihrem (der Gewerkschaften) Klassencharakter ergibt sich objektiv die Aufgabe, Organisationen der Solidarität, Schulen des Klassenkampfes, Schulen des Sozialismus zu sein.“ (Aus: Kleines politisches Wörterbuch, Ost-Berlin 1973).

„Die Gewerkschaften kann man als die umfassende Organisation der bei uns herrschenden Arbeiterklasse bezeichnen. Sie sind die Schulen des Kommunismus. Sie verwirklichen die Verbindung zwischen den fortgeschrittenen und den zurückgebliebenen Elementen innerhalb der Arbeiterklasse. Sie verbinden die Arbeiterklasse mit der Avantgarde der Arbeiterklasse.“ (Stalin in: Die Fragen des Leninismus, Moskau 1947, Seite 148).

Die Gewerkschaften in dem von DKP und MSB-Spartakus verfochtenen totalitären System sind staatliche Zwangsorganisationen, die als „Transmissionsriemen“ der Partei nur die Funktion erfüllen, die ideologische Parteilinie in der Arbeiterschaft durchzusetzen. Diese Gewerkschaften haben die Aufgabe, für die Partei Schulungs- und Mobilisierungsfunktionen zu übernehmen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, d. h., mittels eines subtilen Systems aus Sanktion und Vorteilsgewährung unvorstellbaren Leistungsdruck auf den einzelnen Arbeiter auszuüben. (Man denke nur an „freiwillige“, unbezahlte Feiertagsarbeit u. ä.).

Der MSB-Spartakus bekennt sich sogar ganz offen dazu, daß die Gewerkschaften leninistischer Prägung kein Streikrecht haben:

„Das Streikrecht ist insofern kein Recht, das den Werktätigen in der DDR fehlt, sondern ist eine mit der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht historisch überholte Form des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Interessen.“ (Aus: „Freier Leben — Sozialismus in der DDR“, herausgegeben vom MSB-Spartakus).

Vor dem Hintergrund dieses ideologischen Gewerkschaftsverständnisses erweist sich die Strategie der „GO“ als eine verlogene Variante der Leninschen Bündnis-

Strategie, die sich streng an die Anweisungen Lenins hält: „Man muß zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar, wenn es sein muß, alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.“ (Lenin in: Der linke Radikalismus . . .).

Mit der „Orientierung“ des MSB-Spartakus auf die Gewerkschaften des demokratischen Staates ist es nicht anders als mit der Orientierung auf das Grundgesetz: Solange die Freiheitsrechte und Chancen des liberalen Staates für die Kommunisten Kampfpositionen eröffnen, nutzt man sie aus und „orientiert“ sich auf diese, um dann nach einem Erfolg dieser Strategie dieses freiheitliche System und seine Organisationen zu liquidieren.

Unter dem Deckmantel der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ verbirgt sich in Wahrheit eine für die Gewerkschaften lebensbedrohende Strategie der Unterwanderung und Umfunktionierung durch doktrinaire kommunistische Gruppen.

IV. „GO“ und Sowjetsystem

Die studentischen Gruppen, die die Politik der „GO“ betreiben, werden politisch von der DKP gesteuert. Sowohl MSB-Spartakus, wie SHB haben sämtliche politischen Lehren des Marxismus-Leninismus in der sowjetischen Spielart übernommen und können ihr positives Verhältnis zur Sowjetunion nicht oft genug wiederholen:

— *„Es lebe die feste und unerschütterliche Verbundenheit mit der Sowjetunion! . . . Jeder antisowjetische Angriff ist ein Angriff auf den antiimperialistischen Kampf! . . . es kann keine innere Beziehungen geben zwischen der imperialistischen BRD und der sozialistischen DDR! . . . es lebe die unverbrüchliche Einheit von Spartakus und FDJ.“* (Christoph Strawe, 1. Bundesvorsitzender des MSB-Spartakus auf dem Bundeskongreß des MSB-Spartakus).

— Als die marxistische Studentenorganisation in der BRD stellt sich der Spartakus zugleich konsequent in die Reihe der Kämpfer gegen den Imperialismus in der ganzen Welt. *„Nur durch die internationale Solidarität der antiimperialistischen Kräfte ist dem nationalen Kampf gegen das kapitalistische System der Erfolg sicher.“* (Grundsatzerklärung des MSB-Spartakus).

— *„Mit Walter Ulbricht verlieren alle fortschrittlichen und friedliebenden Menschen einen ihrer hervorragendsten Führer. Sein Leben war erfüllt vom Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für Frieden, Demokratie und Sozialismus!“* (Kondolenztelegramm des Bundesvorstandes des Sozialistischen Hochschulbundes -SHB anlässlich des Todes von Walter Ulbricht — P.S. 70 % der SHB-Mitglieder sind nach eigenen Angaben noch Mitglieder der SPD.)

„GO-Politik“ ist damit stets moskau-freundliche Politik. Wer demnach bewußt oder unbewußt die „GO-Politik“ fördert, wie weite Teile von SPD und FDP (siehe

„Erfolge der GO“), unterstützt faktisch die Strategie der DKP in der Bundesrepublik und liefert ihr damit — zumindest an den Hochschulen — politische Chancen, die sie aufgrund des Wählerwillens (ca. 0,7 %) bestimmt nicht verdient hat.

V. Erfolge der „GO“

Erfolge müssen stets an den Ansprüchen und Zielen eines Verbandes gemessen werden. Als der MSB-Spartakus 1971 auf seinem ersten Bundeskongreß offiziell gegründet wurde, waren diese Ziele schon vorgegeben und in dem Hauptreferat von Christoph Strawe, erster Bundesvorsitzender des MSB-Spartakus, sowie in der Grundsatzerklärung des MSB-Spartakus schriftlich fixiert. Erfolge hat der MSB-Spartakus in Anbetracht dieser Zielsetzung insbesondere in dreierlei Hinsicht errungen:

Einfluß in der Studentenschaft

„Wir rufen die marxistischen Studenten, alle, die den Weg zum Marxismus suchen, die ernsthaft bereit sind, dem Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapital organisiert zu führen, auf: Organisiert Euch im Spartakus!“ (MSB-Grundsatzklärung).

Der MSB-Spartakus ist heute einer der einflußreichsten Studentenverbände der Bundesrepublik. Obwohl sein Wähleranteil durchschnittlich nur ca. 5 % bis 10 % beträgt, sitzt er in mehr als der Hälfte der Allgemeinen Studentenausschüsse und beherrscht den studentischen Dachverband „Vereinigte Deutsche Studentenschaft“. Diesen Einfluß setzt der MSB-Spartakus in einer beständigen propagandistischen Arbeit um, die er an den Hochschulen unter Berufung auf das allgemeinpolitische Mandat der Verfaßten Studentenschaft und ihrer Organe (z. B. Unterstützung der diversen kommunistischen Parteien) betreibt.

Dabei läßt sich der MSB-Spartakus weder durch gerichtliche Entscheidungen noch durch eindeutige Formulierungen in Hochschulgesetzen, die ein allgemeinpolitisches Mandat der Verfaßten Studentenschaft ausschließen, stören. Das allgemeinpolitische Mandat ist für den MSB-Spartakus nämlich das nicht ersetzbare Mittel, um Studenten und ihre Vertretungsorgane für die eigene ideologische und propagandistische Arbeit zu mißbrauchen. Dies verbindet den MSB-Spartakus auch mit jenen NS-Kräften, die nach Hitlers Machtergreifung im „Reichsstudentenschaftsgesetz“ zum ersten und bisher einzigen Mal ein allgemeinpolitisches Mandat der Verfaßten Studentenschaft gesetzlich verankert haben.

Unterwanderung der Gewerkschaften

Wie jedes DKP-Mitglied nach der Parteisatzung unter allen Umständen einer Gewerkschaft beitreten soll, so gilt auch für Mitglieder des MSB-Spartakus — die übrigens zu etwa 25 % Parteimitglieder sind — das Engagement und die Mitglied-

schaft innerhalb der Gewerkschaften als Pflicht. Mit welchen Erfolgen diese Beitrittswelle von „gewerkschaftlich orientierten“ Studenten aufwarten kann, beweist nicht zuletzt die Entwicklung mehrerer Orts- und Landesverbände der GEW, auf die sich Spartakus und Bündnispartner konzentriert hatten:

In Berlin, Hamburg und Frankfurt kam es im vergangenen Jahr zur Majorisierung der GEW-Verbände durch studentische Gruppen, was etwa in Berlin die Spaltung der GEW in eine „gewerkschaftlich orientierte“ GEW und eine „unabhängige Gewerkschaftsgruppe für Lehrer und Erzieher“ zur Folge hatte und zu erheblichen internen Spannungen zwischen Bundesverband und Landesverband führte. Die GEW hat inzwischen aus dieser Art der gewerkschaftlichen Orientierung Konsequenzen ziehen müssen, um einer Spaltung der Gewerkschaftler von den gewerkschaftlich Orientierten zuvorkommen: Sie änderte Ende 1974 den Mitgliederstatus von Studenten, die jetzt nicht mehr stimmberechtigt, sondern nur noch kooptierte Mitglieder sind. Das schwächt zwar die Macht der entsprechenden kommunistischen Gruppen, will aber das Grundkonzept nicht erschüttern: In Zusammenarbeit mit Genossen, die in der GEW bereits Funktionärsstatus erlangt haben, versucht man weiterhin, einzelne Gewerkschaftsmitglieder punktuell von der Gemeinsamkeit zu überzeugen und gegen die Vorstände auf Landes- und Bundesebene auszuspielen.

Eine grundsätzliche Abgrenzung der Gewerkschaften von dogmatisch-kommunistischen Gruppen ist bis heute — im Gegensatz zu maoistischen Gruppen, die ihre Feindschaft zum DGB als eine Organisation des bürgerlichen Staates zur Verschleierung der wirklichen Machtverhältnisse offen bekunden — nicht erfolgt. Wer sich vor Augen hält, wie erfolgreich Parteikollegen der Spartakisten als DKP-Mitglieder in Betriebsräten und Gewerkschaften arbeiten, wird eine solche generelle Abgrenzung wohl auch für die nächste Zukunft kaum erwarten können.

Ihren Ausdruck findet die „Gewerkschaftliche Orientierung“ auch in der Tatsache, daß gewerkschaftliche Terminologie inzwischen — relativ unkritisch — auf den Bereich der Hochschulen übertragen worden ist: Urabstimmung und Streik gehören für viele zu selbstverständlichen Mitteln studentischer Politik — eine Tatsache, die vor wenigen Jahren mindestens noch Verwunderung provoziert hätte. Der gemeinsame Kampf gegen den gemeinsamen Gegner fordert auf beiden Seiten ähnliche Kampf- und Organisationsformen.

Aufbau einer Volksfront

Volksfrontbündnisse gehörten in der Bundesrepublik vor einigen Jahren glücklicherweise der Vergangenheit an. In den letzten Jahren nun ist jedoch eine Wandlung in bezug auf Volksfrontbündnisse festzustellen:

Sozialdemokraten und Linksliberale einerseits und Kommunisten andererseits pflegen verstärkten Kontakt zueinander, Koalitionen nach bewährtem Volksfrontmuster sind an der Hochschule und darüber hinaus keine Seltenheit mehr. Daß dies so gekommen ist, liegt nicht zuletzt auch an der gefährlichen Strategie einer sogenann-

ten „Gewerkschaftlichen Orientierung“: Über das subtile Aufgreifen und Anhängen an gewerkschaftliche Antragsforderungen versuchen Kommunisten, Jungsozialisten und Jungdemokraten zu gemeinsamen Aktionen zu veranlassen und damit eine schlechende Annäherung voranzutreiben, um letztendlich ihren „schützenden“ Arm um sie zu legen.

● In den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) koalieren seit deren Gründung der Liberale Hochschulverband (LHV), die Studentenorganisation der FDP und die Juso-Hochschulgruppen mit der DKP-Studentengruppe MSB-Spartakus und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB), die beide zu den treuesten Anhängern des Moskauer KP-Kurses gehören.

● An vielen deutschen Hochschulen findet sich eine Fortsetzung dieses Volksfrontpaktes. An einer großen Zahl von Hochschulen gehen Jungsozialisten und Jungdemokraten vorsätzlich die Bündnisse mit Kommunisten ein, obwohl die Bildung einer Studentenvertretung ohne Beteiligung der Kommunisten durchaus möglich wäre.

● Gerade vor einigen Wochen hat der Juso-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder die DKP und ihre Unterorganisationen als Bündnispartner wieder hervorgerufen.

● In vielen gemeinsamen Komitees gehen Jusos und Judos Kommunisten auf den Leim.

Die politische Grundlinie derartiger Volksfrontbündnisse macht dann auch deutlich, warum an der Hochschule für Jungsozialisten und Jungdemokraten eine Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften wie dem RCDS nicht in Frage kommt:

So wurden in Münster und Bielefeld von den Jungsozialisten in braver Eintracht mit Kommunisten Arbeits- und Aktionsprogramme der Studentenvertretung (AStA) erarbeitet, in denen es unter anderem heißt:

— „Nur durch Systemüberwindung können materielle Misere, die Hochschulreformierung und der Abbau demokratischer Rechte, Produkte unseres gesellschaftlichen Systems beseitigt werden.“ (AStA-Aktionsprogramm Münster 1975/76).

— „Verfassungsfeinde sind diejenigen, die wie Verteidigungsminister Leber Nazis decken . . .“ (AStA-Aktionsprogramm Münster 1975/76).

— „Die NATO ist ein Instrument der imperialistischen Unterdrückung demokratischer Bewegungen . . .“ (AStA-Arbeitsprogramm Bielefeld 1976).

Jungsozialisten und „GO“

Was das Verhältnis der Jungsozialisten zur „GO“-Politik angeht, so ist dieses nur verständlich auf der Grundlage der internen Spaltung der Jusos in Reformisten, staatsmonopolistische Kapitalisten (Stamokap) und Antirevisionisten. An den Hochschulen ist der Streit zwischen diesen drei Flügeln längst entschieden: Der noch halbwegs gemäßigte Reformistenflügel ist faktisch nicht existent, das linksextrême Bündnis aus Stamokaps und Antirevisionisten hat sich vollends durchgesetzt.

Was vom politischen Standort dieses Bündnisses zu halten ist, hat am deutlichsten der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Johano Strasser schon 1973 selbst erklärt:

„Es kommt hinzu, daß bei aller Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten nach Meinung der StaMoKap-Vertreter offenbar stets die Führungsrolle der DKP gesichert sein und die theoretische Basis für die ‚Aktionseinheit‘ durch eine Anpassung der ‚fortschrittlichen Sozialdemokratie‘ an die Theorie der DKP, und nicht etwa umgekehrt zustande gebracht werden muß.“

„Die Fixierung auf das Bündnis von ‚fortschrittlicher Sozialdemokratie‘ und DKP führt zu kritikloser Übernahme der DKP-Theorie.“

So ist auch für die von Antirevisionisten und StaMoKaps beherrschten Juso-Hochschulgruppen Studentenpolitik im wesentlichen ein Instrument, um Systemüberwindung zu betreiben. Was MSB-Spartakus und SHB unter der Tarnkappe der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ verbergen, sagen manche Juso-Funktionäre sogar ausdrücklich: *Sozialistische Politik hat nur diejenigen studentischen Interessen aufzugreifen, die sich gegen die „spezifisch kapitalistische Formbestimmtheit des Ausbildungssektors richten. Die sozialen Interessen der Studenten haben damit untergeordnete Relevanz.“*

In Anbetracht dieses Verständnisses hochpolitischer Arbeit ist es deshalb nur konsequent, wenn sich auch die Jusos an der Diffamierungskampagne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beteiligen:

■ „Die Umwälzung der Gesellschaft wird nur durch beharrliche Arbeit ermöglicht und schließlich durch Kampf entschieden“ (Jungsozialisten, Februar 1974).

■ „Unter diesen Bedingungen kann die Opposition nur eine totale sein, gewaltsam und massiv, bestehend aus direkter Aktion und nur darauf gerichtet, die saubere Fassade der Gesellschaft herunterzureißen, sie keinesfalls reformieren zu wollen“ (André Gorz, Chefideologe der Antirevisionisten).

Gewerkschaften und „GO“

Das strategische Manöver der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ ist in erster Linie eine Kampfansage an den DGB und damit der Versuch, die demokratischen Gewerkschaften zu unterwandern. Der Reaktion des DGB kommt daher bei der Auseinandersetzung mit der „GO“-Politik erhöhte Bedeutung zu.

Diese Reaktion war bisher unbefriedigend. So haben zwar DGB-Funktionäre verbal eindeutige Erklärungen abgegeben und sich von der „GO“-Politik und den sie tragenden Organisationen abgegrenzt, in dem Alltag der politischen Auseinandersetzung an Hochschulen hat sich dies jedoch so gut wie gar nicht ausgewirkt.